

- Name/Vorname/Titel:

Nagler, Mike / M.Sc. Dipl.-Ing.

- Titel der Institution/Firma:

Attac Deutschland sowie Institut für Bauwirtschaft und Baubetriebswesen der HTWK Leipzig

- Postanschrift:

IBB, HTWK Leipzig, Karl-Liebnecht-Straße 132, 04277 Leipzig

- Mail-Adresse / Telefon:

Mike.Nagler@gmx.net / 0179 – 96 19 584

Text Lebenslauf (max. halbe A4 Seite), Mike Nagler

Mike Nagler ist Mitglied im Netzwerk Steuergerechtigkeit und in der Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern von attac Deutschland aktiv. Er war 2008 einer der Initiatoren des erfolgreichen Leipziger Bürgerentscheids zum Erhalt der kommunalen Unternehmen. Er hat in Leipzig Architektur und Bauingenieurwesen studiert, arbeitete projektgebunden für verschiedene Ingenieurbüros in Leipzig und Berlin und ist Mitglied am Institut für Bauwirtschaft und Baubetriebswesen der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig. Er promoviert derzeit in einer interdisziplinären Arbeit im Rahmen eines Städtevergleichs zum Thema „Der Einfluss lokaler Eliten auf die Privatisierung kommunaler Leistungen“. 2007 hat er eine umfangreiche Arbeit über die Ursachen und Auswirkungen des Verkaufs der Dresdner Wohnungsbaugesellschaft (WOBA) an einen Hedge-Fonds geschrieben.

Thesen / Stichpunkte

- ÖPP ist nicht billiger betrachtet man es in Bezug auf die Wertschöpfung in der Region.
- Mögliche errechnete Kostenvorteile werden durch schlechtere Entlohnung, Outsourcing und Marktmacht von Generalunternehmern erzielt.
- Baukostenüberschreitung in ganz anderen Dimensionen zu erwarten.
- Wirtschaftlichkeitsberechnungen gleichen oftmals dem Blick in die Glaskugel.
- Die öffentliche Hand verliert Kompetenz beim Betrieb der betreffenden Einrichtungen.
- Befürchtung, dass nach dem Auslaufen der PPP Verträge die generelle Privatisierung folgt. (Zumal dann, wenn Eigentum in eine Projektgesellschaft eingebracht wird.)
- Forfaitierung mit Einredevorzicht (oder Teileinredevorzicht) macht Dilemma deutlich: Finanzierungskosten sind selbst unter Preisgabe von Sanktionsmöglichkeiten ungünstiger als bei konventionellen öffentlichen Investitionen.
- Finanzierung ist für den privaten Generalunternehmer immer teurer als für die Kommune. (wirtschaftliche Logik)
- Vertragliche Festlegung der Nutzung auf 25 Jahre. Wie kann man alle Unwägbarkeiten der nächsten 25 Jahre in Verträge gießen?
- Alle Risiken des Betriebs im Vorhinein vertraglich zu regeln birgt Risiken die im Zweifelsfall der Steuerzahler aufkommen muss.
- Risiko: Betreiber in Insolvenz / Kommune haftet
- „Spielgeld“ fürs globale Finanzcasino

ÖPP – Hohe Kosten und langfristige Risiken für die öffentliche Hand

Öffentlich-Privaten-Partnerschaften halten einer Prüfung auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht stand und sind mittel- und langfristig ein gefährlicher Weg für Städte, Gemeinden und Länder, weil durch sie die Finanzierungslast in die Zukunft verschoben wird und durch sie nicht abschätzbare Risiken eingegangen werden.

Bei ÖPP werden über komplizierte, oft intransparente Verträge kurzfristige Einsparungen versprochen. Es werden Ersparnisse vorgerechnet, die sich letztlich auf unklare Schätzungen und Annahmen gründen, deren Stichhaltigkeit zu bezweifeln sind. „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen“ heißt ein bekannter Spruch. Bei ÖPP trifft er ins Schwarze: Mit einem ÖPP-Projekt über Zeiträume von vielen Jahren kauft man die sprichwörtliche „Katze im Sack“. Und mit der vereinbarten Abtretung von Forderungen an Banken, im Fachjargon „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ (ob teilweise oder vollständig, spielt keine Rolle) sichert man die Gewinne von Baukonzernen und Banken – und gibt letzteren neues „Spielgeld“ für das globale Casino.¹ Im Gegensatz zu klassischen Projektfinanzierungen übernehmen die Privaten bei der Forfaitierung kaum Risiken – diese bleiben bei der öffentlichen Hand. PPP ist somit keine "Partnerschaft", sondern eine einseitige Gewinnversicherung der Privaten.

Tatsächlich führen ÖPP-Modelle für die öffentliche Hand zu teilweise bedeutenden Mehrausgaben und wirken auch regionalwirtschaftlich betrachtet schädlich.² Ein am Beispiel Leipzig erstelltes Gutachten hat gezeigt, dass die Finanzierung über Kommunalkredite effizienter ist als über ÖPP. Dieser Weg war der Stadt jedoch wegen ihrer hohen Verschuldung durch die Aufsichtsorgane des Landes Sachsen verbaut: Eine offene Kreditaufnahme verbietet das Gesetz, verdeckte Kredite über ÖPP aber sind erlaubt. Dennoch hat der Leipziger Stadtrat nach umfangreicher Untersuchung und Diskussion im vergangenen Jahr ÖPP als Modellprojekt für die Sanierung von fünf Schulen aufgrund der enormen Risiken und Folgekosten abgelehnt.³

Bereits seit 2006 warnen der Bundesrechnungshof und die Landesrechnungshöfe immer wieder eindringlich vor solchen Projekten, da die oft propagierte Kostenersparnis nicht zutrifft und Projekte im Regelfall teuer und die Risiken nicht abschätzbar sind.⁴ In einem Gutachten vom Januar 2009 und einem Bericht vom November 2009 bescheinigte der Bundesrechnungshof (BRH) Projekten, die im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften durchgeführt werden, mangelnde Effizienz und Wirtschaftlichkeit.⁵

An der eigenen Verantwortung für die kommunalen Aufgaben – und damit auch für die Erneuerung ihrer Schulen und Infrastruktur - kommen die Städte nicht vorbei.

Deshalb der Appell an alle politischen Entscheidungsträger: Schauen Sie sich Vorlagen zu ÖPP und auch die Verträge genau an! Hinterfragen Sie die Grundlagen der Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Denken Sie daran: Egal was passiert, die Forderungen aus einem ÖPP-Projekt belasten den Haushalt auf Jahrzehnte, ohne dass Sie später auf aktuelle Entwicklungen angemessen reagieren können! Kaufen Sie nicht die „Katze im Sack“!

¹ Vgl. hierzu u.a. Whitfield, Dexter: Global Auction of Public Assets – Public Sector Alternatives to the Infrastructure Market and Public Private Partnerships, Nottingham 2010.

² Viele Handwerkskammern warnen seit Jahren vor Baumaßnahmen der öffentlichen Hand im Rahmen von ÖPP und haben mehrfach darauf hingewiesen, dass eine gewerkeweise Ausführung und Vergabe durch die zuständigen Bauämter die kostengünstigere Alternative ist. Wenn Kostenvorteile durch ÖPP entstehen, so werden diese durch schlechtere Entlohnung und Marktmacht von Generalunternehmern erzielt und gehen zu Lasten der Wertschöpfung in der Region. Vgl. u.a. Handwerkskammer München, www.hwk-muenchen.de

³ Vgl. zur Leipziger Debatte um ÖPP einschl. des Gutachtens, <http://leipzig.softwiki.de/index.php5/PPP>

⁴ Vgl. PPP-Projekte: Rechnungshöfe warnen vor langfristigen Risiken, Grundsätze zu PPP, verabschiedet auf der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder am 3. und 4. Mai 2006 in München, Pressemeldung vom 05.05.2006.

Sowie u.a. bspw.: Landesrechnungshof BaWü: Beratende Äußerung zur Wirtschaftlichkeitsanalyse von ÖPP Projekten der ersten und zweiten Generation bei Hochbaumaßnahmen des Landes, Mitteilung des Landesrechnungshofes Baden-Württemberg vom 12.03.2009.

⁵ Vgl. Gutachten des Bundesrechnungshof vom 05.01.2009 sowie Bericht und Vorschläge des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung (BWV) am 23.11.2009, www.bundesrechnungshof.de